

No. 38547

**Federal Republic of Germany
and
Spain**

Agreement between Spain and the Federal Republic of Germany concerning the restoration of industrial property rights. Madrid, 8 April 1958

Entry into force: *2 July 1959 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 27*

Authentic texts: *German and Spanish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 18 July 2002*

**République fédérale d'Allemagne
et
Espagne**

Accord entre l'Espagne et la République fédérale d'Allemagne relatif à la restauration des droits de propriété industrielle. Madrid, 8 avril 1958

Entrée en vigueur : *2 juillet 1959 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 27*

Textes authentiques : *allemand et espagnol*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 18 juillet 2002*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und Spanien
über die Wiederherstellung gewerblicher Schutzrechte**

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
SPANIEN,

IN DER ERWAGUNG, daß es zweckmäßig ist, die Beziehungen der beiden Länder auf dem Gebiete der durch die Folgen des zweiten Weltkrieges beeinträchtigten gewerblichen Schutzrechte zu regeln, und

IM HINBLICK auf das am gleichen Tage unterzeichnete Allgemeine Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Spanien über gewisse Auswirkungen des zweiten Weltkrieges

HABEN FOLGENDES ABKOMMEN VEREINBART:

TEIL I

Prioritätsfristverlängerung

Artikel 1

Die in der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums in der am 2. Juni 1934 in London revidierten Fassung für die Hinterlegung von Anmeldungen für Erfindungspatente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster oder Modelle und Fabrik- oder Handelsmarken vorgesehenen Prioritätsfristen, die am 1. Januar 1944 noch nicht abgelaufen waren oder erst nach diesem Zeitpunkt zu laufen begonnen haben und vor dem 31. Dezember 1954 abgelaufen sind, werden um sechs Monate, gerechnet vom Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens an, verlängert. Dies gilt auch für die im internationalen Markenregister hinterlegten Fabrik- oder Handelsmarken.

Artikel 2

Die Vergünstigungen des Artikels 1 können in Anspruch genommen werden für Erstanmeldungen in einem Land, das Mitglied der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums ist, einschließlich Anmeldungen bei den auf Grund des deutschen Gesetzes vom 5. Juli 1948 errichteten Annahmestellen Berlin und Darmstadt.

Artikel 3

Für die in Artikel 1 genannten Anmeldungen enden die nach der Gesetzgebung der beiden vertragschließenden Teile vorgesehenen Fristen zur Abgabe der Prioritäts-**erklärungen** und zur Vorlage von Abschriften der **Erst-****anmeldungen** nicht vor Ablauf von neun Monaten nach dem Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens.

Artikel 4

(1) Erfindungspatente, Gebrauchsmuster und gewerbliche Muster oder Modelle, für die nach Artikel 1 ein Prioritätsrecht in Anspruch genommen wird, können nicht geltend gemacht werden gegenüber Erfindungen, Gebrauchsmustern und gewerblichen Mustern oder Modellen, die nach dem 1. Januar 1943, aber vor dem Tage der Nachanmeldung von Dritten in Spanien in gutem Glauben eingetragen, hinterlegt, ausgeführt oder benutzt worden sind, oder für die während dieser Zeit die Vorbereitungen oder Veranstaltungen dazu getroffen worden sind.

(2) Für eine Fabrik- oder Handelsmarke kann ein Prioritätsrecht nach Artikel 1 nicht in Anspruch genommen werden, wenn eine identische oder verwechslungsfähige Marke in Spanien eingetragen ist.

Artikel 5

Kann die in der Gesetzgebung der vertragschließenden Teile vorgeschriebene Bescheinigung über die Erstanmeldung nicht vorgelegt werden, weil die Ausstellung derselben wegen der Kriegsauswirkungen nicht möglich war, so wird die beanspruchte Priorität zugelassen, wenn sowohl Inhalt als auch Zeitpunkt der entsprechenden Erstanmeldung als ausreichend glaubhaft gemacht erscheinen.

TEIL II

Deutsche gewerbliche Schutzrechte in Spanien

Artikel 6

(1) Die vor dem 1. Mai 1948 in Spanien erworbenen Erfindungspatente, Gebrauchsmuster, gewerblichen Muster oder Modelle und Fabrik- oder Handelsmarken deutscher Staatsangehöriger, die in der Zeit zwischen dem 1. Januar 1944 und dem 31. Dezember 1954 infolge Nichterfüllung gesetzlicher Formerfordernisse oder wegen unterlassener Ausführung oder Benutzung erloschen sind, werden auf Antrag wiederhergestellt.

(2) Die vor dem 1. Mai 1948 in Spanien von deutschen Staatsangehörigen eingereichten Gesuche um Erteilung solcher Schutzrechte, die in der Zeit zwischen dem 1. Januar 1944 und dem 31. Dezember 1954 wegen Nichterfüllung gesetzlicher Formerfordernisse zurückgewiesen worden sind, werden auf Antrag wiederhergestellt. Das gleiche gilt, wenn der in der spanischen Gesetzgebung vorgesehene Verwaltungsrechtsweg gegen die Zurückweisung des Gesuches noch nicht erschöpft war. In dem Antrag können die Formfehler des ersten Gesuches berichtigt und die Angaben oder Unterlagen, deren Fehlen beanstandet wurde, ergänzt werden.

(3) Anträge nach Absatz 1 und Absatz 2 sind innerhalb einer Frist von zwölf Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens beim Spanischen Patentamt mit den Unterlagen einzureichen, mit denen die Berechtigung des Antragstellers nachgewiesen wird.

(4) Zuschlags- oder Strafgebühren werden nicht erhoben.

Artikel 7

(1) Sind die Formerfordernisse nicht vollständig erfüllt, so ist dem Antragsteller eine zusätzliche Frist von höchstens drei Monaten zur Ergänzung zu gewähren.

(2) Die Zurückweisung der Wiederherstellungsanträge kann mittels der in der spanischen Gesetzgebung vorgesehenen Rechtsmittel angefochten werden.

Artikel 8

Wird eine im internationalen Markenregister vor dem 1. Mai 1948 eingetragene Fabrik- oder Handelsmarke eines deutschen Staatsangehörigen, deren ordentliche Schutzdauer in der Zeit zwischen dem 1. Januar 1944 und dem 31. Dezember 1954 abgelaufen ist oder die ihren Schutz in dieser Zeit mangels rechtzeitiger Zahlung der Ergänzungsabgabe nach Artikel 8 Abs. 4 des Madrider Abkommens über die internationale Registrierung von Fabrik- oder Handelsmarken verloren hat, innerhalb von sechs Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens neu hinterlegt, so gilt diese Hinterlegung für das Gebiet Spaniens als Erneuerung der verfallenen Eintragung, sofern der Berechtigte dies innerhalb von drei Monaten seit der Neueintragung im internationalen Register beim Spanischen Patentamt beantragt.

Artikel 9

Hat der deutsche Inhaber einer im spanischen oder internationalen Markenregister vor dem 1. Mai 1948 eingetragenen Fabrik- oder Handelsmarke, die zwischen dem 1. Januar 1944 und dem 31. Dezember 1954 verfallen ist, vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens eine Neueintragung der genannten Marke bewirkt, so gilt diese Neueintragung für das Gebiet Spaniens als Erneuerung der verfallenen Eintragung, und es ist kein Wiederherstellungsantrag erforderlich, sofern der Berechtigte dies innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens beim Spanischen Patentamt beantragt.

Artikel 10

Mit einem Antrag nach den Artikeln 6, 8 oder 9 ist eine Bescheinigung des Deutschen Patentamtes in München darüber beizubringen, daß die Fabrik- oder Handelsmarke in dessen Warenzeichenrolle auf den Namen des Antragstellers eingetragen ist. Diese Bescheinigung ist von jeder Legalisierung befreit.

Artikel 11

Durch die Wiederherstellung einer Marke gemäß den Artikeln 6, 8 oder 9 wird der Zustand wiederhergestellt, der vor dem Verfall der Marke bestand.

Artikel 12

Eine Marke oder ein Gesuch um Eintragung einer Marke werden nicht wiederhergestellt, wenn

1. vor der ersten Einreichung des Gesuchs um Eintragung der wiederherzustellenden Marke bereits eine identische oder verwechslungsfähige Marke auf den Namen eines anderen Inhabers eingetragen war;
2. der Antrag sich auf eine Marke bezieht, die mit einer Marke identisch oder verwechslungsfähig ist, die nach dem 31. Dezember 1954 auf den Namen eines anderen Inhabers eingetragen oder nach diesem Zeitpunkt von einer anderen Person drei Jahre in gutem Glauben benutzt worden ist;
3. es sich um eine Marke handelt, die identisch oder verwechslungsfähig mit einer Marke ist, die durch Anwendung des im spanischen Gesetzesdekret vom 23. April 1948 vorgesehenen Veräußerungsverfahrens beeinträchtigt worden ist.

Artikel 13

[1] Liegen die Ausschlußgründe des Artikels 12 nicht vor und sind in dem Antrag die Erfordernisse dieses Ab-

kommens erfüllt, so ordnet das Spanische Patentamt die Wiederherstellung der Marke an und trägt im Register die entsprechende Rückwirkung ein.

(2) Einen Antrag, der sich auf die Wiederherstellung einer Marke bezieht, auf die Artikel 12 Anwendung findet, weist das Spanische Patentamt zurück.

Artikel 14

(1) Wird eine Marke wiederhergestellt, die mit einer eingetragenen Marke identisch oder verwechslungsfähig ist, so wird der Inhaber der letztgenannten Marke innerhalb einer Frist von höchstens vierzehn Tagen vom Spanischen Patentamt hiervon benachrichtigt.

(2) Wird die zu benachrichtigende Person bei der ersten Zustellung nicht an ihrem Wohnsitz angetroffen, so ergeht eine schriftliche Benachrichtigung, die den in Artikel 268 der spanischen Zivilprozeßordnung (LEY de Enjuiciamiento Civil) aufgeführten Personen in der entsprechenden Reihenfolge ausgehändigt wird.

(3) Ist der Wohnsitz oder Aufenthaltsort der zu benachrichtigenden Person nicht bekannt, so wird die Benachrichtigung zweimal hintereinander im Abstand von mindestens zwei und höchstens vier Monaten im „Boletín Oficial del Estado“ und im „Boletín Oficial de la Propiedad Industrial“ veröffentlicht.

Artikel 15

(1) Der Inhaber einer vor dem 1. Januar 1944 eingetragenen Marke kann in den nachstehenden Fällen gegen die wiederhergestellte Marke Widerspruch erheben:

- a) wenn er eine Urkunde über den Erwerb, die Abtretung oder die Zustimmung zur Eintragung der Marke beibringt, die von einer Person ausgestellt ist, die im Zeitpunkt des Rechtsübergangs der Marke hierzu berechtigt war;
- b) wenn er oder sein Rechtsvorgänger die Marke vor dem 1. Januar 1944 in gutem Glauben drei Jahre benutzt hat.

(2) Der Inhaber einer zwischen dem 1. Januar 1944 und dem 31. Dezember 1954 eingetragenen Marke kann gegen die wiederhergestellte Marke Widerspruch erheben, wenn er eine Urkunde über den Erwerb, die Abtretung oder die Zustimmung zur Eintragung der Marke beibringt, die von einer Person ausgestellt ist, die im Zeitpunkt des Rechtsübergangs der Marke hierzu berechtigt war.

Artikel 16

Der Widersprechende hat die erforderlichen Beweismittel innerhalb einer Frist von dreißig Tagen beizubringen. Der Inhaber der wiederhergestellten Marke kann die beigebrachten Beweismittel innerhalb einer Frist von dreißig Tagen nach Zugang widerlegen. Das Spanische Patentamt entscheidet innerhalb einer Frist von drei Monaten auf Grund der vorgelegten Beweismittel und verfügt entweder die Aufrechterhaltung der wiederhergestellten Marke und die Löschung der dieser entgegengesetzten Marke oder die Löschung der wiederhergestellten Marke. Die Kosten hat der in dem Verfahren Unterliegende zu tragen.

Artikel 17

Hat der Benachrichtigte auf die eingetragene Marke ausdrücklich verzichtet oder nicht innerhalb von dreißig Tagen nach der Benachrichtigung oder Veröffentlichung Widerspruch erhoben, so wird die auf seinen Namen eingetragene Marke gelöscht.

Artikel 18

Die Beteiligten können zur Wahrnehmung ihrer Rechte die ordentlichen Gerichte anrufen. Der Kläger kann seine Klage im Register am Rande der angefochtenen Eintragung vermerken lassen.

Artikel 19

Erfindungspatente, Gebrauchsmuster und gewerbliche Muster oder Modelle, die gemäß Artikel 6 wiederhergestellt werden, können nicht geltend gemacht werden gegenüber Erfindungen, Gebrauchsmustern und gewerblichen Mustern oder Modellen, die in der Zeit zwischen dem Tage des Verfalls jener Rechte und dem 1. November 1953 von Dritten in Spanien in gutem Glauben ausgeführt oder benutzt worden sind, oder für die während dieser Zeit die Vorbereitungen oder Veranstaltungen dazu getroffen worden sind.

Artikel 20

Erfindungspatente, Gebrauchsmuster und gewerbliche Muster oder Modelle, die infolge der Wiederherstellung eines Gesuches gemäß Artikel 6 eingetragen werden, können nicht geltend gemacht werden gegenüber Erfindungen, Gebrauchsmustern und gewerblichen Mustern oder Modellen, die in der Zeit zwischen dem Tage der Zurückweisung des Gesuches und dem Tag der Wiederherstellung desselben von Dritten in Spanien in gutem Glauben ausgeführt oder benutzt worden sind oder für die während dieser Zeit die Vorbereitungen oder Veranstaltungen dazu getroffen worden sind.

Artikel 21

Wer in der Zeit zwischen dem 1. Januar 1944 und dem 31. Dezember 1954 in Spanien eine Fabrik- oder Handelsmarke oder ein gewerbliches Muster oder Modell hinterlegt oder in Benutzung genommen hat, die mit der wiederhergestellten deutschen Marke oder mit einer Marke, die Gegenstand eines wiederhergestellten Gesuches ist, identisch oder verwechslungsfähig sind, kann diese Marke oder das gewerbliche Muster oder Modell bis zum Ablauf einer Frist von zwölf Monaten nach Erhalt einer Erklärung des Inhabers der wiederhergestellten Marke weiterbenutzen, mit der dieser der weiteren Benutzung widerspricht. Diese Erklärung ist bis zum Ablauf einer Frist von zwölf Monaten, gerechnet von dem Zeitpunkt an, zu dem der Inhaber der wiederhergestellten Fabrik- oder Handelsmarke von der Hinterlegung oder Benutzung der Marke Kenntnis erlangt hat, spätestens jedoch bis zum 31. Dezember 1962 abzugeben.

TEIL III

Spanische gewerbliche Schutzrechte in Deutschland

Artikel 22

Mit Ausnahme des Artikels 12 Nr. 3 und der Artikel 13, 14, 16, 17 und 18 finden alle übrigen Bestimmungen des zweiten Teils dieses Abkommens auf den Schutz der gewerblichen Schutzrechte sowie auf die entsprechenden Anträge von spanischen Staatsangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland entsprechende Anwendung.

Artikel 23

Gewerbliche Schutzrechte und Schutzrechtsanmeldungen spanischer natürlicher oder juristischer Personen werden auf Antrag wiederhergestellt, wenn sie die in § 15 des Ersten Gesetzes zur Änderung und Überleitung von Vorschriften auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes vom 8. Juli 1949 vorgesehene Frist zur Aufrechterhaltung

eines gewerblichen Schutzrechts oder die in § 30 Abs. 1 dieses Gesetzes vorgesehene Frist zur Aufrechterhaltung einer Schutzrechtsanmeldung nicht eingehalten haben.

TEIL IV
Schlußbestimmungen

Artikel 24

Die Vergünstigungen dieses Abkommens können in Anspruch nehmen:

1. natürliche Personen, welche Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sind, wenn sie ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland, im Land Berlin oder in irgendeinem anderen Staat haben, der in der Bundesrepublik Deutschland eine amtliche Vertretung hat oder in dem eine amtliche Vertretung der Bundesrepublik Deutschland besteht. Ebenso kommen in den Genuß dieser Vergünstigungen natürliche Personen, wenn sie ihren Wohnsitz in anderen Staaten haben, die durch Erklärung beider vertragschließenden Teile den vorerwähnten Staaten gleichgestellt sind, sowie juristische Personen, die nach deutschem Recht bestehen, wenn sie ihren Sitz in der Bundesrepublik Deutschland oder im Land Berlin haben;
2. natürliche Personen, die nach spanischem Recht spanische Staatsangehörige sind, und juristische Personen, die nach spanischem Recht bestehen und ihren Sitz in Spanien haben.

Artikel 25

Der Geltungsbereich der in diesem Abkommen gewährten Vergünstigungen erstreckt sich auf das gesamte Gebiet, für welches das Deutsche Patentamt und das Spanische Patentamt zuständig sind.

Artikel 26

Dieses Abkommen findet auch auf das Land Berlin Anwendung, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung Spaniens innerhalb von drei Monaten nach dem Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 27

Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden, und zwar gleichzeitig mit den Ratifikationsurkunden für das Allgemeine Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Spanien über gewisse Auswirkungen des zweiten Weltkrieges.

Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichnenden und hierzu gebührend bevollmächtigten Minister dieses Abkommen in je zwei Exemplaren in deutscher und in spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in Madrid am 8. April 1958 unterzeichnet und gesiegelt.

Für die
Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:

von Brentano

Für
Spanien
gezeichnet:

Fernando Castiella

[SPANISH TEXT — TEXTE ESPAGNOL]

**Convenio
entre España y la República Federal de Alemania
para la
Rehabilitación de derechos de Propiedad Industrial**

ESPAÑA

y

LA REPÚBLICA FEDERAL DE ALEMANIA

CONSIDERANDO la conveniencia de regular las relaciones entre los dos países en lo que concierne a derechos de Propiedad Industrial afectados como consecuencia de la segunda guerra mundial, y

VISTO el Convenio entre España y la República Federal de Alemania sobre ciertos efectos de la segunda guerra mundial suscrito en esta misma fecha,

HAN CONVENIDO LO SIGUIENTE:

PARTE I

Prórroga de plazos de prioridad

Artículo 1.º

Los plazos de prioridad previstos en el Convenio General de la Unión de París para la protección de la Propiedad Industrial, en su texto revisado en Londres el 2 de junio de 1934, para el depósito de solicitudes de patentes de invención, de modelos de utilidad, de modelos y dibujos industriales o artísticos y de marcas de fábrica o de comercio que el día 1º de enero de 1944 aún no hubieran expirado o que, habiendo comenzado a transcurrir después de esta fecha hubieran expirado sin embargo con anterioridad al 31 de diciembre de 1954, serán prorrogados por seis meses contados a partir de la fecha de entrada en vigor del presente Convenio. Lo mismo se hará con las marcas de fábrica o de comercio depositadas en el Registro Internacional de Marcas.

Artículo 2.º

Podrán acogerse a los beneficios del Artículo 1º las solicitudes primeras depositadas en cualquier país que sea miembro de la Unión General de París para la protección de la Propiedad Industrial, incluso las depositadas en los Servicios de Recepción de Berlín y Darmstadt, creados por la Ley alemana de 5 de julio de 1948.

Artículo 3.º

Los plazos previstos por la legislación de las dos Partes Contratantes, para presentar las declaraciones de prioridad y las copias de solicitudes primeras, a los efectos mencionados en el Artículo 1.º, no vencerán antes de transcurridos nueve meses contados a partir de la fecha de entrada en vigor del presente Convenio.

Artículo 4.º

1. — Las patentes de invención, los modelos de utilidad y los modelos o dibujos industriales o artísticos, para los que se reivindica el derecho de prioridad conforme al Artículo 1.º, no podrán hacerse valer frente a invenciones, modelos de utilidad y modelos o dibujos industriales o artísticos que, después del 1º de enero de 1943, pero antes de la fecha de la solicitud posterior, hayan sido inscritos, depositados, usados o explotados de buena fe por terceros en España o cuando durante ese período se hubiesen llevado a cabo los preparativos e instalaciones al efecto.

2. — No se podrá reivindicar el derecho de prioridad, según el Artículo 1.º, para una marca de fábrica o de comercio, cuando esté inscrita en España una marca idéntica o semejante.

Artículo 5.º

Cuando no pueda presentarse el certificado prescrito por la legislación de ambas Partes Contratantes, para probar que se instó la solicitud primera, a causa de no haber sido posible su expedición debido a las consecuencias de la guerra, se admitirá la prioridad reivindicada, si tanto la veracidad del contenido como la de la fecha de la primera solicitud correspondiente, resultan debidamente acreditadas.

PARTE II

Derechos de propiedad industrial alemanes en España

Artículo 6.º

1. — Las inscripciones de patentes de invención, modelos de utilidad, modelos o dibujos industriales o artísticos y marcas de fábrica o de comercio de nacionales alemanes registradas en España antes del 1º de mayo de 1948 y caducadas durante el período del 1º de enero de 1944 al 31 de diciembre de 1954, se rehabilitarán a instancia de parte, en los supuestos de incumplimiento de los requisitos formales exigidos por la Ley o por falta de explotación o uso.

2. — Las solicitudes de inscripción de derechos de propiedad industrial de nacionales alemanes presentadas en España antes del 1º de mayo de 1948 y que hubiesen sido denegadas durante el período del 1º de enero de 1944 al 31 de diciembre de 1954, por incumplimiento de los requisitos formales exigidos por la Ley, o cuando frente a dicha decisión no se hubiere agotado la vía administrativa establecida en la legislación española, se rehabilitarán a instancia de parte. En la nueva solicitud se podrán subsanar los defectos formales de que adoleciese la antigua y suplirse los datos o documentos cuya falta se hubiera advertido.

3. — Las solicitudes, a los efectos de los párrafos 1.º y 2.º, deberán presentarse en el plazo de doce meses a partir de la entrada en vigor del presente Convenio ante el Registro de la Propiedad Industrial español, a las que se acompañará documentación acreditativa de la personalidad y título del solicitante.

4. — En ningún caso se exigirán pagos suplementarios o recargos

Artículo 7.º

1. — Si los requisitos formales omitidos no han sido cumplidos en su totalidad, se concederá al solicitante un plazo máximo adicional de tres meses para completarlo.

2. — Las denegaciones de rehabilitación podrán ser impugnadas por medio de los recursos establecidos en la legislación española.

Artículo 8.º

Cuando se deposite de nuevo en el Servicio de Registro de Marcas Internacionales de la Oficina Internacional, dentro del plazo de seis meses contados a partir de la entrada en vigor del presente Convenio, una marca de fábrica o de comercio de un nacional alemán que haya sido registrada antes del 1º de mayo de 1948, y cuyo plazo de protección normal hubiera expirado entre el 1º de enero de 1944 y el 31 de diciembre de 1954, o, que durante este periodo hubiera perdido su protección por falta del oportuno pago de cuota complementaria, conforme al artículo 8.º, párrafo 4.º del Acuerdo Internacional de Madrid sobre registro internacional de marcas de fábrica o de comercio, el nuevo registro será considerado en el territorio español renovación del registro caducado, siempre que el interesado lo solicite del Registro de la Propiedad Industrial español dentro de los tres meses contados a partir del nuevo depósito en la Oficina Internacional.

Artículo 9.º

Cuando el titular alemán de una marca de fábrica o de comercio, depositada antes del 1.º de mayo de 1948 en el Registro español o en el Internacional y caducada entre el 1º de enero de 1944 y el 31 de diciembre de 1954, hubiera obtenido nuevo registro de la misma antes de la entrada en vigor de este Convenio, se entenderá que este nuevo registro constituye renovación del que hubiere caducado dentro del territorio español; no exigiéndose solicitud de rehabilitación, siempre que el derechohabiente lo solicite del Registro de la Propiedad Industrial español dentro del plazo de tres meses contados a partir de la entrada en vigor del presente Convenio.

Artículo 10.º

A la solicitud que se presente, de acuerdo con los artículos 6.º, 8.º ó 9.º, habrá de unirse un certificado expedido por la Oficina de Patentes Alemana de Munich, en el que se haga constar que la marca de fábrica o de comercio está inscrita en sus libros-registro a nombre del solicitante. Este certificado estará exento de toda legalización.

Artículo 11.º

La rehabilitación de una marca, de acuerdo con los artículos 6.º, 8.º ó 9.º, restablecerá el "statu quo" anterior a la caducidad de la misma.

Artículo 12.º

No se rehabilitará una marca o una solicitud de inscripción:

1. — Cuando con prioridad al primer depósito de solicitud de la marca que se trate de rehabilitar, estuviera ya inscrita una marca idéntica o semejante a nombre de otro titular.
2. — Cuando la solicitud se refiera a una marca idéntica o semejante a otra inscrita con posterioridad al 31 de diciembre de 1954 a nombre de otro titular o haya sido usada, a partir de dicha fecha, por otra persona, durante tres años con buena fe.
3. — Cuando se trate de una marca idéntica o semejante a otra que hubiera resultado afectada por aplicación del procedimiento de adjudicación establecido en el Decreto-Ley español de 23 de abril de 1948.

Artículo 13.º

1. — En los casos no comprendidos en el Artículo 12.º y siempre que la solicitud reúna los requisitos exigidos

en este Convenio, el Jefe del Registro español acordará la rehabilitación de la marca, consignando en la inscripción la eficacia retroactiva que le corresponda.

2. — Cuando la solicitud se refiera a la rehabilitación de alguna de las marcas comprendidas en el artículo 12º, el Jefe del Registro español denegará de plano la pretensión.

Artículo 14.º

1. — Rehabilitada una marca idéntica o semejante a otra inscrita en el Registro, éste lo notificará al titular de esta última, en el plazo máximo de quince días.

2. — Cuando la persona que haya de ser notificada no fuere hallada en su domicilio a la primera diligencia en su busca, se le hará la notificación por cédula, que se entregará, por su orden, a las personas designadas en el artículo 268 de la Ley de Enjuiciamiento Civil.

3. — Cuando se ignore el domicilio o paradero de la persona que haya de ser notificada, se publicará la notificación en el Boletín Oficial del Estado y en el Boletín Oficial de la Propiedad Industrial por dos veces consecutivas, espaciadas entre sí por un plazo mínimo de dos meses y máximo de cuatro.

Artículo 15.º

1. — El titular inscrito antes del 1º de enero de 1944 podrá oponerse a la inscripción rehabilitada en los siguientes casos:

- a) Presentar título de adquisición, cesión o autorización para la inscripción de la marca, de persona con facultades suficientes para ello, en el momento de la enajenación.
- b) Estar el oponente o causahabiente en uso de la marca con buena fe y con tres años de anterioridad al primero de Enero de mil novecientos cuarenta y cuatro.

2. — El titular inscrito entre el 1º de enero de 1944 y 31 de diciembre de 1954, podrá oponerse a la inscripción rehabilitada si presenta título de adquisición, cesión o autorización para la inscripción de la marca de persona con facultades suficientes para ello, en el momento de la enajenación.

Artículo 16.º

El oponente tendrá un plazo de 30 días para la aportación de pruebas que podrán ser impugnadas por el rehabilitado en el plazo de otros treinta días a partir de la notificación. El Jefe del Registro, en el plazo de tres meses, resolverá el expediente a base de las pruebas aportadas, decidiendo, bien el mantenimiento de la marca rehabilitada y la cancelación de la inscripción que le fuera contradictoria, o bien la cancelación de la rehabilitación. Los gastos correrán a cargo del vencido en el expediente.

Artículo 17.º

Allanado expresamente el notificado o transcurridos treinta días desde que se hiciera o publicare la notificación sin que aquél hubiere formalizado su oposición, se cancelará la inscripción que hubiere a su nombre.

Artículo 18.º

En todo caso, los interesados podrán acudir a los tribunales ordinarios en defensa de sus derechos. El demandante podrá pedir se anote su demanda en el Registro, al margen de la inscripción impugnada.

Artículo 19.º

Las patentes de invención, los modelos de utilidad y modelos o dibujos industriales o artísticos rehabilitados conforme al artículo 6.º no podrán hacerse valer frente a invenciones, modelos de utilidad y modelos o dibujos industriales o artísticos que, durante el periodo comprendido entre la fecha de caducidad de aquellas modalidades y el 1º de noviembre de 1953, hayan sido usados o explotados de buena fe por terceros en España o cuando durante ese periodo se hubiesen llevado a cabo los preparativos o instalaciones al efecto.

Artículo 20.º

Las patentes de invención, los modelos de utilidad y los modelos y dibujos industriales o artísticos cuya inscripción se conceda como consecuencia de la rehabilitación de una solicitud, conforme al Artículo 6.º, no podrán hacerse valer frente a invenciones, modelos de utilidad y modelos o dibujos industriales o artísticos que, durante el periodo comprendido entre la fecha de denegación de la solicitud y la fecha de rehabilitación de la misma, hayan sido usados o explotados de buena fe por terceros en España, o cuando durante ese periodo se hubiesen llevado a cabo los preparativos o instalaciones al efecto.

Artículo 21.º

Aquellos que entre el 1º de enero de 1944 y el 31 de diciembre de 1954, hubieran depositado en España marcas de fábrica o de comercio, modelos o dibujos industriales o artísticos idénticos o semejantes a la marca alemana rehabilitada o a la que fué objeto de solicitud denegada ahora rehabilitada o que hubieran comenzado a hacer uso de los mismos, podrán continuar usando estas modalidades durante un plazo de doce meses, a contar desde la fecha en que reciban una declaración del titular de la marca rehabilitada reclamando el cese del uso. Esta declaración deberá ser hecha dentro de un plazo de doce meses a partir de la fecha en que el titular de la marca de fábrica o de comercio rehabilitada haya tenido conocimiento del depósito o del uso de la marca, y en todo caso, antes del 31 de diciembre de 1962.

PARTE III

Derechos de propiedad industrial españoles en Alemania

Artículo 22.º

Excepto aquellas disposiciones de la segunda parte del presente Convenio, contenidas en los artículos 12º, párrafo 3.º, 13.º, 14.º, 16.º, 17.º y 18.º, todas las demás serán recíprocamente aplicables a la protección de los derechos de propiedad industrial así como a las solicitudes a ellos referentes, de los nacionales españoles en la República Federal de Alemania.

Artículo 23.º

Los derechos de propiedad industrial de personas jurídicas o naturales españolas y las solicitudes de las mismas, se rehabilitarán, a instancia de parte, aún cuando no se haya observado el plazo que para el mantenimiento de los mismos exige el artículo 15.º de la Primera Ley Transitoria de 8 de julio de 1949 relativa a

la modificación y adaptación en materia de propiedad industrial y asimismo, cuando no se haya observado el plazo que para el mantenimiento de una solicitud de derechos de propiedad industrial establece el artículo 30, párrafo 1º de la citada Ley.

PARTE IV
Disposiciones finales

Artículo 24.º

Podrán acogerse a los beneficios del presente Convenio:

- 1.º — Las personas naturales que gocen de la condición de alemanas en la República Federal de Alemania, de acuerdo con el párrafo 1.º del artículo 116 de su Ley constitucional, residentes en la República Federal de Alemania, en el territorio de Berlín o en cualquier otro Estado que tenga representación oficial en la República Federal de Alemania o en el que ésta estuviese oficialmente representada. Asimismo gozarán de estos beneficios las personas naturales domiciliadas en aquellos otros Estados equiparados a los anteriores, por declaración de ambas Partes Contratantes, así como las personas jurídicas constituidas conforme a la Ley alemana domiciliadas en la República Federal de Alemania o en el territorio de Berlín.
- 2.º — Las personas naturales que según la Ley española sean nacionales españolas y las personas jurídicas constituidas conforme a la Ley española y domiciliadas en España.

Artículo 25.º

El ámbito de vigencia de los beneficios concedidos por el presente Convenio se extenderá a todo el territorio sometido a la competencia del Registro de la Propiedad Industrial español y al de la Oficina de Patentes alemana.

Artículo 26.º

El presente Convenio será igualmente aplicable al territorio de Berlín, salvo que el Gobierno de la República Federal de Alemania declare lo contrario en comunicación dirigida al Gobierno de España dentro del plazo de tres meses contados a partir de la fecha de su entrada en vigor.

Artículo 27.º

El presente Convenio deberá ser ratificado y los Instrumentos de ratificación serán canjeados lo antes posible, en Bonn, a la vez que los Instrumentos de ratificación del "Convenio entre España y la República Federal de Alemania sobre ciertos efectos de la segunda guerra mundial".

El presente Convenio entrará en vigor un mes después de la fecha del Canje de los Instrumentos de ratificación.

EN TESTIMONIO DE LO CUAL los Ministros que suscriben, autorizados al efecto, firman y sellan el presente Convenio, en dos ejemplares en lenguas española y alemana, haciendo fe ambos textos, en Madrid, a ocho de abril de mil novecientos cincuenta y ocho.

Por España
firmado:

Fernando Castiella

Por la
República Federal de Alemania
firmado:

von Brentano

[TRANSLATION -- TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND
SPAIN CONCERNING THE REINSTATEMENT OF INDUSTRIAL
PROPERTY RIGHTS

The Federal Republic of Germany and Spain,

Considering it beneficial to regulate relations between the two countries in the area of industrial property rights impaired by the consequences of the Second World War, and

Having regard to the General Agreement between the Federal Republic of Germany and Spain concerning certain consequences of the Second World War, signed on the same date,

Have concluded the following Agreement:

PART I. EXTENSION OF PRIORITY PERIODS

Article 1

The priority periods established in the Union Convention of Paris for the Protection of Industrial Property as revised in London on 2 June 1934 for the filing of applications for patents for inventions, utility models, industrial designs or models and manufacturer's or trade marks, which had not yet expired on 1 January 1944 or which entered into force only after that date and expired before 31 December 1954, shall be extended by six months, computed from the entry into force of the present Agreement. The same shall apply to the manufacturer's and trade marks filed in the international register.

Article 2

The benefits provided for in Article 1 may be claimed for original applications in any country that is Party to the Union Convention of Paris for the Protection of Industrial Property, including applications at the receiving offices in Berlin and Darmstadt established by the German law of 5 July 1948.

Article 3

For the applications referred to in Article 1, the periods established by the laws of the two Contracting States for the submission of declarations of priority and for presentation of copies of the original applications shall end not less than nine months after the entry into force of the present Agreement.

Article 4

(1) Patents for inventions, utility models, industrial designs or models and manufacturer's or trade marks for which a right of priority is claimed in accordance with Article 1 shall not have effect with respect to inventions, utility models, industrial designs or models which were registered, filed, executed or used in good faith by third parties in Spain after 1 January 1943 but before the date of subsequent application, or for which during that period the preparations or dispositions to do so were made.

(2) For a manufacturer's or trade mark a right of priority in accordance with Article 1 may not be claimed if a mark identical to it or capable of being mistaken for it has been registered in Spain.

Article 5

If the certificate of original application provided for in the legislation of the Contracting States cannot be produced, because consequences of war made it impossible to issue it, then the requested priority shall be granted if both the content and the date of the original application in question appear to have been established with sufficient credibility.

PART II. GERMAN INDUSTRIAL PROPERTY RIGHTS IN SPAIN

Article 6

(1) Patents for inventions, utility models, industrial designs or models and manufacturer's or trade marks obtained by German nationals in Spain before 1 May 1948, which expired between 1 January 1944 and 31 December 1954 on the grounds of non-fulfilment of statutory formal conditions or because they were not used or executed, shall be reinstated upon request.

(2) Requests for the granting of such property rights submitted by German nationals in Spain before 1 May 1948, which were rejected between 1 January 1944 and 31 December 1954 on the grounds of non-fulfilment of statutory formal conditions, shall be restored upon request. The same shall apply even if all of the recourses to the administrative courts against the rejection of the application provided for under Spanish law have not yet been exhausted. In the application any formal errors in the original request may be corrected and any data or documents the absence of which caused the rejection may be added.

(3) Applications in accordance with paragraphs 1 and 2 shall be submitted to the Spanish Patent Office within a period of twelve months after the entry into force of the present Agreement together with the documents substantiating the entitlement of the applicant.

(4) Surcharges or penalties shall not be levied.

Article 7

(1) If the formal requirements are not completely met, a grace period of not more than three months shall be granted to the applicant to permit completion.

(2) Rejection of applications for reinstatement may be contested through the appeals provided for under Spanish law.

Article 8

In the event of refiling within six months after the entry into force of the present Agreement of a manufacturer's or trade mark belonging to a German national and registered in the international register, the normal period of validity of which expired between 1 January 1944 and 31 December 1954 or which became invalid during that period on the grounds of failure to make prompt payment of the supplementary fee provided for under Article 8 (4) of the Madrid Agreement Concerning the International Registration of Marks, then such refiling shall be deemed throughout the territory of Spain to be a renewal of the lapsed entry, provided that the entitled party applies for this to the Spanish Patent Office within three months after the new entry into the international register.

Article 9

If the German holder of a manufacturer's or trade mark registered in the Spanish or international register before 1 May 1948, which expired between 1 January 1944 and 31 December 1954, has refiled that mark, then such refiling shall be deemed throughout the territory of Spain to be a renewal of the lapsed entry and no application for reinstatement shall be required, provided that the entitled party applies for this to the Spanish Patent Office within three months after the entry into force of the present Agreement.

Article 10

An application in accordance with Article 6, 8 or 9 shall be accompanied by a certificate from the German Patent Office in Munich stating that the manufacturer's or trade mark is registered with it in the name of the applicant. This certificate shall not require authentication of any kind.

Article 11

Reinstatement of a mark in accordance with Article 6, 8 or 9 shall recreate the situation which existed before the mark expired.

Article 12

A mark or a request for registration of a mark shall not be reinstated if:

1. before the initial submission of the request for registration of the mark to be reinstated, a mark identical to it or capable of being mistaken for it was already registered in the name of a different holder;
2. the application relates to a mark which is identical to or capable of being mistaken for a mark which was registered after 31 December 1954 in the name of a different holder or has been used in good faith for three years by a different person;
3. the mark involved is identical to or capable of being mistaken for a mark which has been impaired through the alienation process provided for in the Spanish legal decree of 23 April 1948.

Article 13

(1) If the grounds for rejection listed in Article 12 are not present and if in the application the requirements of the present Agreement are fulfilled, then the Spanish Patent Office shall order the reinstatement of the mark and make the appropriate retroactive entry in the register.

(2) An application referring to the reinstatement of a mark to which Article 12 is applicable shall be rejected by the Spanish Patent Office.

Article 14

(1) If a mark is reinstated which is identical to a registered mark or capable of being mistaken for it, the holder of the latter mark shall be informed of this fact within fourteen days by the Spanish Patent Office.

(2) If the person to be notified is not found at his or her residence upon the first delivery of the notification, a written notification shall be produced and issued to the persons listed in Article 268 of the Spanish Code of Civil Procedure (*Ley de Enjuiciamiento Civil*), in the appropriate sequence.

(3) If the residence or domicile of the person to be notified is not known, the notification shall be published twice in the "*Boletín Oficial del Estado*" and the "*Boletín Oficial de la Propiedad Industrial*" at an interval of not less than two and not more than four months.

Article 15

(1) The holder of a mark registered before 1 January 1944 may lodge an objection to the reinstated mark in the following circumstances:

- (a) if he produces a deed covering the purchase, transfer or agreement to registration of the mark, such deed having been issued by a person who at the time of the transfer of the mark was entitled so to do;
- (b) if he or his predecessor in title used the mark in good faith for three years before 1 January 1944.

(2) The holder of a mark registered between 1 January 1944 and 31 December 1954 may lodge an objection to the reinstated mark if he produces a deed covering the purchase, transfer or agreement to registration of the mark, such deed having been issued by a person who at the time of the transfer of the mark was entitled so to do;

Article 16

The party lodging the objection shall be required to produce the requisite evidence within thirty days. The holder of the reinstated mark may refute the submitted evidence within thirty days after receipt thereof. The Spanish Patent Office shall rule within three months on the basis of the submitted evidence and shall order either the upholding of the reinstated mark and the cancellation of the mark opposing it, or the cancellation of the reinstated mark. Costs shall be borne by the losing party.

Article 17

If the notified person has explicitly renounced the registered mark or has not lodged an objection within thirty days after notification or publication, the mark registered in his name shall be cancelled.

Article 18

The parties may apply to the courts of general jurisdiction in order to safeguard their rights. The plaintiff may have a note of his complaint made in the register, in the margin of the contested entry.

Article 19

Patents for inventions, utility models, industrial designs or models reinstated in accordance with Article 6 shall not have effect with respect to inventions, utility models, industrial designs or models which were executed or used in good faith by third parties in Spain in the period between the date of expiry of such rights and 1 November 1953 or for which during this period the preparations or dispositions to do so were made.

Article 20

Patents for inventions, utility models, industrial designs or models which are registered pursuant to the reinstatement of a request in accordance with Article 6 shall not have effect with respect to inventions, utility models, industrial designs or models which were executed or used in good faith by third parties in Spain in the period between the date of rejection of the request and the date of its reinstatement or for which during this period the preparations or dispositions to do so were made.

Article 21

Any person who in the period between 1 January 1944 and 31 December 1954 in Spain registered or worked a manufacturer's or trade mark or an industrial design or model which is identical with or capable of being mistaken for the reinstated German mark or a mark that is the subject of a reinstated request may continue to use this mark or industrial design or model for a period of twelve months from receipt of a declaration by the holder of the reinstated mark in which he lodges his objection to the continued use. This declaration shall be submitted by the end of a period of twelve months computed from the date at which the holder of the reinstated manufacturer's or trade mark became aware of the filing or use of the mark, but no later than 31 December 1962.

PART III. SPANISH INDUSTRIAL PROPERTY RIGHTS IN GERMANY

Article 22

With the exception of Article 12.3 and Articles 13, 14, 16, 17 and 18 all other provisions in the second part of the present Agreement shall be applicable *mutatis mutandis* to the protection of industrial property rights and to the corresponding applications from Spanish nationals in the Federal Republic of Germany.

Article 23

Industrial property rights and applications therefor by Spanish natural persons or bodies corporate shall be reinstated upon request if they have not observed the deadline for validation of an industrial property right application provided for in Section 15 of the First Act to Amend and Re-enact Regulations for the Protection of Industrial Property Rights, dated 8 July 1949, or the deadline provided for in Section 30, paragraph 1, of that Act.

PART IV. FINAL PROVISIONS

Article 24

The benefits of this Agreement may be claimed by:

1. Natural persons who are Germans within the meaning of Article 116 (1) of the Basic Law of the Federal Republic of Germany, and who are resident in the Federal Republic of Germany, in Land Berlin or outside Germany in a State which maintains a diplomatic mission in the Federal Republic of Germany or in which there is a diplomatic mission of the Federal Republic of Germany. The benefits of this Agreement may also be claimed by natural persons who are resident in other States which by virtue of a joint declaration of the Contracting States are of an equivalent status to the States referred to above; and bodies corporate organized under German law which are domiciled in the Federal Republic of Germany or Land Berlin;

2. Natural persons who are Spanish nationals under Spanish law and bodies corporate organized under Spanish law and domiciled in Spain.

Article 25

The benefits provided in the present Agreement shall be applicable over the entire territory for which the German Patent Office and the Spanish Patent Office are responsible.

Article 26

This Agreement shall also apply to Land Berlin provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of Spain within three months of its entry into force.

Article 27

This agreement requires ratification; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Bonn, simultaneously with the instruments of ratification for the General Agreement between the Federal Republic of Germany and Spain concerning certain consequences of the Second World War.

This Agreement shall enter into force one month after the exchange of the instruments of ratification.

In witness whereof the duly authorized ministers have signed and sealed this Agreement in duplicate in Madrid on 8 April 1958 in the German and Spanish languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

VON BRENTANO

For Spain:

FERNANDO CASTIELLA

[TRANSLATION -- TRADUCTION]

ACCORD ENTRE L'ESPAGNE ET LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE RELATIF À LA RESTAURATION DES DROITS DE
PROPRIÉTÉ INDUSTRIELLE

L'Espagne et la République fédérale d'Allemagne

Considérant qu'il est opportun de régulariser les relations entre les deux pays en ce qui concerne les droits de propriété industrielle affectés par la seconde guerre mondiale, et

Tenant compte du Traité entre l'Espagne et la République fédérale d'Allemagne relatif à certains effets de la seconde guerre mondiale, également signé le même jour,

Sont convenues de ce qui suit:

PARTIE I. PROLONGATION DES DROITS DE PRIORITÉ

Article premier

Les droits de priorité prévus dans la Convention d'Union de Paris pour la protection de la propriété industrielle, dans son texte révisé à Londres le 2 juin 1934, pour le dépôt des demandes de brevets d'invention, de modèles d'utilité, de modèles et de dessins industriels et artistiques et de marques de fabrique ou de commerce, qui n'avaient pas encore expiré le 1er janvier 1944, ou qui, ayant commencé à courir après cette date auraient cependant expiré avant le 31 décembre 1954, seront prolongés de six mois, à partir du jour de l'entrée en vigueur du présent Accord. Ladite disposition est également valable pour les marques de fabrique ou de commerce déposées auprès de l'Union pour l'enregistrement international des marques.

Article 2

Pourront se prévaloir des dispositions de l'article premier, les demandes originellement déposées dans n'importe quel pays membre de l'Union de Paris pour la protection des droits de propriété industrielle, y compris les demandes déposées auprès des Services d'enregistrement de Berlin et Darmstadt, créés par la loi allemande du 5 juillet 1948.

Article 3

Les délais prévus par la législation des deux Parties contractantes pour présenter des déclarations priorité et les copies des demandes originelles pour bénéficier des effets mentionnés dans l'article premier, ne dépasseront pas neuf mois à compter de la date d'entrée en vigueur du présent Accord.

Article 4

1. Les brevets d'invention, les modèles d'utilité et les modèles ou dessins industriels ou artistiques pour lesquels est revendiqué le droit de priorité, conformément à l'article premier, ne pourront pas être pris en considération face aux inventions, modèles d'utilité et modèles ou dessins industriels ou artistiques qui, après le 1er janvier 1943 c'est-à-dire avant la date de réinscription, étaient déjà inscrits, déposés, utilisés ou exploités de bonne foi par des tiers en Espagne ou lorsque, durant cette période, les préparatifs ou les arrangements en cours seraient atteints par cette mesure.

2. Le droit de priorité ne pourra être revendiqué au titre de l'article premier pour une marque de fabrique ou de commerce lorsqu'une marque identique ou similaire est inscrite en Espagne.

Article 5

Lorsque le demandeur est dans l'impossibilité de présenter le certificat prescrit par la législation des deux Parties contractantes pour prouver l'existence de sa demande originelle, par suite de la guerre, sa demande de priorité revendiquée est acceptée si le contenu et la date de la première demande correspondante sont dûment accrédités.

PARTIE II. DROITS DE PROPRIÉTÉ INDUSTRIELLE DE
RESSORTISSANTS ALLEMANDS EN ESPAGNE

Article 6

1. Les inscriptions de brevets d'invention, de modèles d'utilité, de modèles ou de dessins industriels ou artistiques et de marques de fabrique ou de commerce de ressortissants allemands enregistrées en Espagne avant le 1er mai 1948 et échues pendant la période allant du 1er janvier 1944 au 31 décembre 1954 parce que les formalités requises par la loi n'avaient pas été accomplies ou faute d'avoir été utilisées, seront réhabilitées sur demande, une fois lesdites formalités accomplies.

2. Les demandes d'inscription de droits de propriété industrielle de ressortissants allemands présentées en Espagne avant le 1er mai 1948 et qui n'ont pas été honorées pendant la période allant du 1er janvier 1944 au 31 décembre 1954 à cause de formalités officielles exigées par la loi non accomplies, seront réhabilitées à la requête des parties concernées. Dans la nouvelle demande, les défauts de forme de l'original pourront être corrigés et les faits ou les documents manquants ajoutés.

3. Les demandes, aux termes des paragraphes 1 et 2, devront être remises dans un délai de douze mois à partir de l'entrée en vigueur du présent Accord au Registre de la propriété industrielle espagnole, et accompagnées des pièces prouvant l'identité et les titres du demandeur.

4. Des paiement supplémentaires ou des amendes ne seront en aucun cas exigés.

Article 7

1. Si les demandes officielles n'ont pas été remplies en totalité, un délai supplémentaire de trois mois au maximum sera accordé au demandeur pour les compléter.

2. Les refus de réhabilitation pourront être contestés au moyen des recours prévus par la législation espagnole.

Article 8

Lors du nouveau dépôt auprès du Service d'enregistrement des marques internationales de l'Union pour l'enregistrement international des marques, dans un délai de six mois à partir de l'entrée en vigueur du présent Accord, d'une marque de fabrique ou de commerce par un ressortissant allemand, qui a été enregistrée avant le 1er mai 1948 et qui, faute de protection normale a expiré entre le 1er janvier 1944 et le 31 décembre 1954 ou parce que, pendant cette période, la marque a perdu sa protection à cause du paiement non versé en temps voulu de la quote-part complémentaire, conformément au paragraphe 4 de l'article 8 de l'Accord international de Madrid sur l'enregistrement international des marques de fabrique ou de commerce, le nouvel enregistrement sera considéré sur le territoire espagnol comme un renouvellement de l'enregistrement échu, dans la mesure où l'intéressé a sollicité l'enregistrement auprès du Registre de la propriété industrielle espagnol dans un délai de trois mois à partir du nouveau dépôt au Service international.

Article 9

Quand le détenteur allemand d'une marque de fabrique ou de commerce déposée avant le 1er mai 1948 aux Registres espagnol ou international et échue entre le 1er janvier 1944 et le 31 décembre 1954, a obtenu un nouvel enregistrement de la même demande avant l'entrée en vigueur du présent Accord, il est entendu que ce nouvel enregistrement constitue une réhabilitation du droit devenu caduc sur le territoire espagnol; aucune nouvelle démarche dans ce sens ne s'impose, dans la mesure où le bénéficiaire s'inscrit au Registre de la propriété industrielle espagnole dans un délai de trois mois à partir de l'entrée en vigueur du présent Accord.

Article 10

La réquisition présentée, conformément aux articles 6, 8 ou 9, pourra s'accompagner de l'exécution des formalités non remplies et de la production d'un certificat de l'Office allemand des brevets à Munich, attestant que la marque de fabrique est inscrite au Registre des marques de fabrique de l'Office allemand des brevets au nom de l'intéressé. Ce certificat est dispensé de toute légalisation.

Article 11

La réhabilitation d'une marque, conformément aux articles 6, 8 ou 9, rétablira le "statu quo" antérieur à l'expiration de celle-ci.

Article 12

Une marque ou une demande d'inscription d'une marque ne sera pas acceptée:

1. lorsqu'avant le premier dépôt de la demande d'enregistrement de la marque en vue de sa réhabilitation, une marque identique ou similaire au nom d'un autre titulaire a déjà été inscrite;
2. lorsque la demande se réfère à une marque identique ou similaire ou autre, inscrite après le 31 décembre 1954 au nom d'un autre titulaire et qu'elle a été utilisée de bonne foi par l'autre personne pendant trois ans;
3. lorsqu'il s'agit d'une marque identique ou similaire ou autre, affectée par l'application de la procédure d'adjudication établie par le décret-loi espagnol du 23 avril 1948.

Article 13

1. Pour les cas qui ne sont pas couverts par l'article 12 et à condition que la demande présente les critères exigés par le présent Accord, le Directeur du Registre espagnol peut accorder la réhabilitation de la marque et il inscrit dans le Registre la date d'entrée en vigueur de la rétroactivité.

2. Quand la réquisition se réfère à la réhabilitation d'une des marques couvertes par l'article 12, le Directeur du Registre espagnol ne donne pas suite à la demande.

Article 14

1. Si une marque réhabilitée est identique ou similaire à une autre marque déjà inscrite dans le Registre, le fait est notifié au titulaire de la deuxième, dans un délai maximal de quinze jours.

2. Lorsque la personne intéressée ne se trouve pas à son domicile lors de la première notification, celle-ci est envoyée par écrit aux destinataires désignés dans l'article 268 du Code de procédure civile espagnol (Ley de Enjuiciamiento Civil).

3. Quand le domicile ou le lieu de résidence du destinataire est inconnu, la notification paraît dans le Journal officiel (Boletín Oficial del Estado et dans le Journal officiel de la propriété industrielle, à deux reprises dans un délai allant d'un minimum de deux mois au maximum de quatre.

Article 15

1. Le détenteur des droits d'une marque déposée avant le 1er janvier 1944 peut s'opposer au renouvellement de l'inscription de la marque réhabilitée dans les cas suivants:

- a) en présentant les titres d'acquisition, de cession ou d'autorisation pour le dépôt de la marque délivrés par une personne y étant autorisée au moment de l'aliénation ("Rechtsübergang") de la marque, conformément aux critères applicables à l'époque;

b) lorsque lui-même ou le précédent détenteur de la marque a utilisé celle-ci en toute bonne foi avant le 1er janvier 1944.

2. Le détenteur d'une marque déposée entre le 1er janvier 1944 et le 31 décembre 1954 pourra s'opposer au renouvellement de l'inscription de celle-ci en présentant ses titres d'acquisition, de cession ou d'autorisation pour le dépôt de la marque délivrés par une personne y étant autorisée au moment de l'aliénation, conformément aux critères applicables à l'époque.

Article 16

L'opposant dispose d'un délai de 30 jours pour apporter les preuves qui peuvent servir à justifier la réhabilitation qui aura lieu dans un délai de trente autres jours à partir de la notification. Le Directeur du Registre prend une décision, dans un délai de trois mois, sur la base des preuves fournies, en décidant ou bien le maintien de la marque réhabilitée, ou l'annulation de l'inscription contraire ou l'annulation de la réhabilitation. Les frais sont à la charge du perdant.

Article 17

Si l'intéressé ne réagit pas expressément à la notification dans un délai de trente jours ou ne se manifeste pas de quelque autre façon que ce soit, l'inscription qui portait son nom est annulée.

Article 18

Dans tous les cas, les intéressés peuvent s'adresser aux tribunaux ordinaires pour assurer la défense de leurs droits. Le demandeur peut requérir que sa demande soit inscrite sur le Registre en marge de l'inscription contestée.

Article 19

Les brevets d'invention, les modèles d'utilité et les modèles ou dessins industriels ou artistiques, réhabilités conformément à l'article 6, peuvent être réputés valables face aux inventions, modèles d'utilité et modèles ou dessins industriels ou artistiques qui, pendant la période comprise entre la date d'échéance de ces modalités et le 1er novembre 1953, ont été utilisés ou exploités de bonne foi par des tiers en Espagne, ou lorsque pendant cette période les préparatifs ou les installations afférents sont en cause.

Article 20

Les brevets d'invention, les modèles d'utilité et les modèles et dessins industriels ou artistiques dont l'inscription est acceptée à la suite de la réhabilitation d'une requête, conformément à l'article 6, ne seront pas valables face aux inventions, modèles d'utilité et modèles et dessins industriels ou artistiques qui, pendant la période comprise entre la date du refus de la requête et la date de réhabilitation de la même requête, ont été utilisés ou exploités de

bonne foi par des tiers en Espagne ou lorsque pendant cette période des préparatifs ou des installations ont été entrepris à cette fin.

Article 21

Les personnes qui, entre le 1er janvier 1944 et le 31 décembre 1954, ont déposé en Espagne des marques de fabrique ou de commerce, des modèles ou dessins industriels ou artistiques identiques ou similaires à la marque allemande réhabilitée ou ayant fait l'objet d'une demande d'abord refusée puis ayant fait l'objet d'une réhabilitation, ou qui ont commencé à utiliser ces marques, pourront continuer à le faire pendant un délai de 12 mois à compter de la date à laquelle ils reçoivent une déclaration du titulaire de la marque réhabilitée, demandant la cessation de l'utilisation. Cette déclaration devra être faite dans un délai de douze mois à partir de la date à laquelle le titulaire de la marque réhabilitée a entrepris les démarches pour le dépôt ou pour l'utilisation de la marque et, dans tous les cas, avant le 31 décembre 1962.

PARTIE III. DROITS DE PROPRIÉTÉ INDUSTRIELLE ESPAGNOLE EN ALLEMAGNE

Article 22

Exception faite des dispositions de la deuxième partie du présent Accord contenues dans l'article 12, paragraphe 3, et les articles 13, 14, 16, 17 et 18, toutes les dispositions seront réciproquement applicables à la protection des droits de propriété industrielle de même que les demandes qui s'y réfèrent, émanant de ressortissants espagnols en République fédérale d'Allemagne.

Article 23

Les droits de propriété industrielle des personnes juridiques ou ressortissants espagnols et les demandes de ceux-ci pourront faire l'objet d'une réhabilitation sur demande, même si le délai prévu par l'article 15 de la Première loi transitoire du 8 juillet 1949 relative à la modification et à l'adaptation en matière de propriété industrielle et autres aspects similaires, ou si le délai pour la prise en compte d'une demande de droits de propriété industrielle établie au paragraphe 1 de l'article 30 de ladite loi n'ont pas été respectés.

PARTIE IV. DISPOSITIONS FINALES

Article 24

Pourront prétendre aux avantages prévus par le présent Accord:

1. les personnes physiques qui ont la qualité d'Allemands au sens du paragraphe 1 de l'Article 116 de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne, les personnes morales régies par la loi allemande, si elles ont leur domicile ou leur siège en République fédérale d'Allemagne ou sur le territoire du Land de Berlin, ou dans tout État qui a une représentation diplomatique en

République fédérale d'Allemagne ou dans lequel il existe une représentation diplomatique de la République fédérale d'Allemagne ou qui est assimilé à un tel État en vertu d'une déclaration commune des États contractants, de même que les personnes juridiques constituées conformément à la loi allemande, domiciliées en République fédérale d'Allemagne ou sur le territoire de Berlin;

2. les personnes physiques qui possèdent la nationalité espagnole et les personnes morales constituées conformément avec la loi espagnole et domiciliées en Espagne.

Article 25

Le champ d'application des bénéfices concédés par le présent Accord couvre tout le territoire soumis à la compétence du Registre de la propriété industrielle espagnol et de l'Office des brevets allemands.

Article 26

Le présent Accord s'appliquera également au Land de Berlin, à moins que le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne adresse au Gouvernement espagnol, dans les trois mois après la date de l'entrée en vigueur une déclaration en sens contraire.

Article 27

Le présent Accord est soumis à ratification et les instruments de ratification seront échangés le plus rapidement possible à Bonn, en même temps que les instruments de ratification de "l'Accord entre l'Espagne et la République fédérale d'Allemagne relatif à certains effets de la seconde guerre mondiale".

Le présent Accord entrera en vigueur un mois après la date d'échange des instruments de ratification.

EN FOI DE QUOI, les Ministres, à ce dûment autorisés, ont signé le présent Accord en deux exemplaires en langues espagnole et allemande, les deux textes faisant également foi, à Madrid le huit avril mille neuf cent cinquante-huit.

Pour la République fédérale d'Allemagne:

VON BRENTANO

Pour l'Espagne:

FERNANDO CASTIELLA

